



Bundesministerium
für Verkehr, Bau
und Stadtentwicklung



Bundestransferstelle
Soziale Stadt

1. Regionalkonferenz zur Sozialen Stadt: Modellvorhaben der Sozialen Stadt und Arbeitshilfe Monitoring

Dokumentation und
Auswertung

Berlin, Mai 2009

Deutsches Institut für Urbanistik GmbH



Bundesamt
für Bauwesen und
Raumordnung

1. Regionalkonferenz zur Sozialen Stadt – Modellvorhaben der Sozialen Stadt und Arbeitshilfe Monitoring

Am 27. November 2008 trafen sich in der „Turnhalle plus X“ im Programmgebiet Mannheim-Jungbusch rund 80 Akteure der Sozialen Stadt zu der vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung veranstalteten 1. Regionalkonferenz zur Sozialen Stadt. Die neue Veranstaltungsreihe wurde ins Leben gerufen, um einen intensiveren Erfahrungsaustausch zwischen Akteuren der örtlichen Ebene sowie der Landes- und Bundesebene zu ermöglichen. Die Konzentration auf wenige benachbarte Bundesländer (Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland) erlaubte eine vertiefte Diskussion aus regionaler Sicht.



Im Mittelpunkt der 1. Regionalkonferenz standen im Wesentlichen zwei Aspekte:

- Zum einen ging es um die seit 2006 möglichen Modellvorhaben der Sozialen Stadt. Es wurden Verbreitung und inhaltliche Ausrichtung der Modellvorhaben im Überblick dargestellt sowie Beispiele zu Modellvorhaben aus Kommunen in Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz präsentiert. Im Rahmen von drei Workshops wurden zentrale Fragestellungen zu den Modellvorhaben (Finanzierung und Ressourcenbündelung, Aufbau und Pflege von Partnerschaften, Verstetigung) diskutiert.
- Zum anderen wurden im Rahmen der 1. Regionalkonferenz Überlegungen und erste Erkenntnisse vorgestellt, wie die Kommunen durch eine Arbeitshilfe bei dem wichtigen Thema Monitoring unterstützt werden können.

Begrüßung

*Thomas Hartmann,
Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS), Berlin*

Thomas Hartmann, Referat SW 22 ‚Soziale Stadt, ESF-Programme, Integration‘, eröffnete die Veranstaltung und erläuterte das im Kontext der Sozialen Stadt neue Format der Regionalkonferenzen: Der Bund nutzt nicht nur eine Reihe von Instrumenten zur Weitergabe von Informationen zum Programm – z.B. das Internetportal sozialestadt.de, die Soziale Stadt infos oder die in Berlin stattfindenden „Fachpolitischen Dialoge“ –, sondern möchte auch umgekehrt Informationen von der „Basis“ erhalten, wozu die neue Veranstaltungsreihe dient. Außerdem wurde das Programm seit 2006 grundlegend weiterentwickelt, weshalb der Bund sich vor Ort informieren will.

Die Einführung der Modellvorhaben in der Sozialen Stadt – ein Thema dieser Regionalkonferenz – könne als Reaktion auf Hinweise in der bisherigen Programmgestaltung verstanden werden. So werde im Rahmen des bisherigen Austausches zwischen Bund und Umsetzungsebene seit langem gefordert, nicht-bauliche, also sozial-integrative Projekte, innerhalb der städtebaulichen Gesamtmaßnahme Soziale Stadt stärker zu fördern. Auch in der bundesweiten Zwischenevaluierung des Programms im Jahr 2004 sei darauf hingewiesen worden, dass das Handlungsfeld „Übergreifende Zusammenarbeit und Bündelung“ verbesserungsfähig sei. Aus diesem Grund habe der Bund im Jahr 2006 das Mittelvolumen für die Soziale Stadt von zuvor 70 Mio. Euro um 40 Mio. Euro auf 110 Mio. Euro erhöht. Gleichzeitig eröffnete er die Möglichkeit, Modellvorhaben mit einem erweiterten Förderspektrum im sozial-integrativen Bereich durchzuführen, beispielsweise in den Handlungsfeldern Jugendpolitik, Integration, Bildung oder Lokale Ökonomie. Ziel der Modellvorhaben sei es unter anderem, Anreize für ein Engagement in der Sozialen Stadt zu setzen, indem z.B. die dadurch entstehenden Mehrkosten übernommen werden. Auch gehe es darum, neue Ansätze in der Handlungsfeld übergreifenden Kooperation auszuprobieren.

Von Bundesseite werde bedauert, dass die Möglichkeit zur Förderung von Modellvorhaben noch nicht in vollem Umfang genutzt wird. Dennoch wurden seit 2006 fast 400 Vorhaben in mehr als 220 Programmgebieten initiiert, weshalb es an der Zeit sei, sich vor Ort zu informieren, ob und wie sich die Modellvorhaben in den Quartieren auswirkten bzw. ob es gegebenenfalls Änderungsbedarfe gebe. Der Vertreter des Bundes wies darauf hin, im Entwurf des Bundeshaushaltsplanes 2009 seien erneut 105 Mio. Euro für die Soziale Stadt vorgesehen, davon 27,5 Mio. Euro für Modellvorhaben. Er ermunterte alle Akteure, gute Projektvorschläge anzumelden und die vom Bund angebotenen Möglichkeiten einzufordern.



Das weitere Thema der Regionalkonferenz – Monitoring – werde angesichts veränderter Rahmenbedingungen ebenfalls immer wichtiger. Mit der Ende des Jahres 2006 in Kraft getretenen Föderalismusreform sei die Städtebauförderung als gemeinsame Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen nicht nur bestätigt, sondern über den Grundgesetz-Artikel 104b auch auf eine neue verfassungsrechtliche Grundlage gestellt worden. Für die Finanzhilfen des Bundes würden nunmehr explizit eine zeitliche Begrenzung der Förderung, eine degressive Staffelung der Finanzhilfen sowie Evaluierungen gefordert. Damit rückten neben dem Handlungsfeld Evaluierung Themen wie Monitoring und geeignete Indikatoren, aber auch Verstärkung noch stärker als bisher in den Vordergrund. Um die Kommunen zu unterstützen, lasse der Bund gegenwärtig eine Arbeitshilfe Monitoring erarbeiten.

Schließlich wies der Vertreter des Bundes auf den Veranstaltungsort Mannheim als gutes Beispiel für die Umsetzung von Modellvorhaben hin – allein im Programmgebiet Jungbusch würden neun Modellvorhaben realisiert.

*Christiane Kalka,
Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg, Stuttgart*

Christiane Kalka, Referentin für Städtebauliche Erneuerung, begrüßte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Namen des auf Landesebene für das Programm Soziale Stadt zuständigen Wirtschaftsministeriums Baden-Württemberg. Das Land freue sich sehr, dass der Erfahrungsaustausch unter den Akteuren, der gerade in einem lernenden Programm wie der Sozialen Stadt besonders wichtig sei, mit einer neuen Veranstaltungsreihe in Form von Regionalkonferenzen weiter intensiviert werden soll und dass die 1. Regionalkonferenz zur Sozialen Stadt in einer baden-württembergischen Stadt stattfindet.

Stadtentwicklung und Städtebauförderung spielten in Baden-Württemberg eine große Rolle: so seien seit 1971 bis heute rund 5,5 Milliarden Euro Finanzhilfen für die städtebauliche Erneuerung der Städte und Gemeinden des Landes eingesetzt worden. Davon habe der Bund in seinen inzwischen fünf Programmen rund 853 Millionen Euro Finanzhilfen zur Verfügung gestellt, das Land 4,67 Milliarden Euro. Baden-Württemberg führe neben den Bund-Länder-Programmen auch noch sein sehr erfolgreiches Landessanierungsprogramm durch, das im Jahr 2008 ein Programmvolumen von rund 83 Millionen Euro hatte.



Mit der Einführung des Programms Soziale Stadt 1999 sei der Blick richtigerweise dahin gehend erweitert worden, dass Stadterneuerung mehr bedeutet als lediglich die Sanierung von Gebäuden, so Frau Kalka. Das Programm Soziale Stadt sei in Baden-Württemberg zunächst mit vier Maßnahmen (in Mannheim, Singen, Stuttgart und Ulm) gestartet und umfasse mittlerweile 67 Maßnahmen in 36 Städten. Insgesamt wurden diesen Gebieten über 160 Millionen Euro Finanzhilfen (Bund und Land) zur Verfügung gestellt.

Frau Kalka betonte, dass das Land Baden-Württemberg ausdrücklich den erweiterten Förderansatz begrüßt, der sich durch die Einführung der Modellvorhaben durch den Bund im Jahr 2006 ergeben habe. Die Fortentwicklung der Finanzhilfen in der Sozialen Stadt bezüglich ihres sozial-integrativen Ansatzes habe das Land mit entsprechenden Komplementär Mitteln nachvollzogen. Bislang seien in Baden-Württemberg über 12 Millionen Euro Finanzhilfen für Modellvorhaben zur Verfügung gestellt worden, mit denen 40 Modellvorhaben in 26 Kommunen gefördert werden, insbesondere aus den Bereichen Integration von Zuwanderern, bürgerschaftliche Beteiligung, Schule und Bildung, nachbarschaftliches Zusammenleben und andere soziale Aktivitäten.

Frau Kalka schloss mit dem Wunsch nach einem lebendigen Erfahrungsaustausch und einem spannenden und informativen Tag.

*Lothar Quast,
Bürgermeister der Stadt Mannheim, Dezernat IV*

Bürgermeister Lothar Quast betonte in seiner Begrüßung zunächst, dass er sich über die Auswahl der Stadt Mannheim am Schnittpunkt der drei Bundesländer Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz als Veranstaltungsort für die 1. Regionalkonferenz zur Sozialen Stadt freue. Damit werde ein länderübergreifender Austausch im Zentrum der Metropolregion Rhein-Neckar – sozusagen „unter Nachbarn“ – ermöglicht.

In Mannheim – so Bürgermeister Quast weiter – sei bereits zu Programmstart 1999 das Quartier „Frischer Mut“ in die Soziale Stadt aufgenommen worden; bis heute seien fünf weitere Gebiete gefolgt. Dabei habe man auch in Mannheim den integrierten Handlungsansatz, der die klassisch baulich-räumlich orientierte Städtebauförderung mit einem sozialräumlichen Ansatz verknüpft, erst begreifen und dessen Umsetzung lernen müssen. Im Stadtteil Jungbusch versuche die Stadt bereits seit drei Jahrzehnten dem Trend der Benachteiligung entgegenzuwirken – in den 1980er Jahren im Rahmen von klassischen Stadterneuerungsmaßnahmen und seit 2003 mit dem Programm Soziale Stadt.



Hieran werde nun mit den Modellvorhaben der Sozialen Stadt, mit denen ein Instrumentarium zur Verfügung gestellt worden sei, welches dem integrativen Ansatz der Sozialen Stadt in besonderem Maße Rechnung trage, nahtlos angeknüpft. Denn eine ausschließlich baulich-räumlich orientierte Städtebauförderung sei für die Entwicklung von Quartieren, die von Segregation betroffen sind, heute nicht mehr Ziel führend. Er hoffe daher, dass die Modellvorhaben über das Jahr 2010 hinweg fortgeführt werden könnten, um so eine nachhaltige Wirkung in den Gebieten der Sozialen Stadt zu erzielen. In diesem Zusammenhang appellierte Bürgermeister Quast aber auch an die Verantwortlichen auf Bundes- und Landesebene, Programme wie die Modellvorhaben mit einer ausreichenden Vorlaufzeit auszuschreiben. Eine Vorbereitungszeit von teilweise nur zwei bis drei Monaten stelle die Kommunen nicht nur hinsichtlich der Projektentwicklung selbst, sondern auch bezüglich der Schaffung der haushaltsrechtlichen Voraussetzungen vor teilweise unlösbare Herausforderungen.

Abschließend wünschte Bürgermeister Lothar Quast der Veranstaltung einen erfolgreichen Verlauf, weitere interessante Beiträge und informative Workshops.

Modellvorhaben im Überblick

Christa Böhme und Thomas Franke,
Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin



Die Bundestransferstelle Soziale Stadt beim Deutschen Institut für Urbanistik hat vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung den Auftrag erhalten, unter den mittlerweile zahlreichen Modellvorhaben gute Beispiele zu identifizieren und sie näher zu untersuchen: Auswahlverfahren, inhaltliche Spannweite, Finanzierung, Umsetzung sind wesentliche Aspekte dieser Untersuchung. Dabei orientiert sich die Bundestransferstelle vor allem an den Zielen der Modellvorhaben:

- Förderung von Projekten der Sozialen Stadt im sozial-integrativen Bereich,
- Intensivierung der Ressourcenbündelung (Finanzierungsmöglichkeiten im öffentlichen und nicht-öffentlichen Bereich),
- Bündelung von Know-How,
- Aufbau tragfähiger Partnerschaften.

Ebenso bedeutsam ist die Frage, inwieweit zentrale Handlungsfelder im sozial-integrativen Bereich berücksichtigt werden, zu denen Bildung und Jugend, Integration von Zuwanderern, Förderung der Lokalen Ökonomie sowie Gesundheitsförderung gehören.

Die Untersuchung der je nach Bundesland unterschiedlichen Auswahlkriterien und -verfahren für Modellvorhaben, die im weiteren Projektverlauf ebenfalls eine wichtige Rolle spielen werden, zeigt für die in der Regionalkonferenz vertretenen Länder folgendes Bild:

- *Baden-Württemberg:* Das Land forderte im Rahmen einer Auslobung dazu auf, Vorschläge für Modellvorhaben einzureichen. Nach Prüfung der Anträge durch den Regierungspräsidenten wurden sie an das Wirtschaftsministerium weitergereicht und mit anderen Ministerien abgestimmt.
- *Bayern:* Auch hier gab es eine Auslobung („Kooperationen – Pilotprojekte für die Stadtgesellschaft“); Anträge wurden von einer ressortübergreifenden Jury beim Land nach den Kriterien „tragfähige Partnerschaften“, „Erprobung neuer Arbeitsweisen“, „Ressourcenbündelung“ sowie „Vor-Ort-Engagement“ geprüft; Voraussetzung für eine Bewilligung war die Einbettung der geplanten Projekte in das Integrierte Entwicklungskonzept.
- *Hessen:* Ein ressortübergreifender Beratungsausschuss auf Landesebene entschied über Anträge, die im Rahmen einer Ausschreibung eingereicht worden waren. Zu den Auswahlkriterien für geeignete Modellvorhaben gehörten „tragfähige Partnerschaften“, „Ressourcenbündelung“ sowie „nachweisliche Verstetigungschancen“; gefordert war außerdem die Einbettung der geplanten Projekte in das jeweilige Integrierte Entwicklungskonzept oder den Lokalen Aktionsplan (LOS) bzw. der Vorschlag des Vorhabens durch die lokalen Begleitgremien.
- *Rheinland-Pfalz:* Anträge im Zuge der Auslobung „Modellvorhaben im Programm der Sozialen Stadt“ wurden von der Interministeriellen Lenkungsgruppe nach den Kriterien

„Verstetigung“, „Partnerschaften; Ressourcenbündelung“ sowie „Kompatibilität mit bisherigen Ansätzen“/Einbettung in das Integrierte Entwicklungskonzept geprüft.

- *Saarland*: Hier wurden keine gesonderten Modellvorhaben benannt; allerdings soll im Rahmen der „allgemeinen“ Förderung Soziale Stadt möglichst modellhaft gearbeitet werden.

In Annäherung an die Modellvorhaben wertete die Bundestransferstelle alle von den Kommunen bei den Ländern eingereichten Ergänzungsblätter für das Förderjahr 2007 aus (Grundgesamtheit: Ergänzungsblätter zu 388 Modellvorhaben aus 228 Programmgebieten); hier zeigen sich folgende Ergebnistrends:



- Fast zwei Drittel der Modellvorhaben sind *Bestandteil des Integrierten Entwicklungskonzeptes*, in einem weiteren Drittel ist eine entsprechende Ergänzung des Konzeptes im Rahmen der Fortschreibung beabsichtigt.
- Bei den *Handlungsfeldern* der Modellvorhaben rangieren „Integration von Migrantinnen und Migranten“ sowie „Soziale Aktivitäten und soziale Infrastruktur“ mit jeweils rund 70 Prozent der Modellvorhaben an erster Stelle (Mehrfachnennungen waren möglich). Nachholbedarf besteht noch bei den Handlungsfeldern Lokale Ökonomie und Gesundheit, die in rund einem Viertel der Modellvorhaben 2007 eine Rolle spielen.
- Die Ergebnisse zu den *Zielgruppen* der Modellvorhaben korrespondieren mit denen zu den Handlungsfeldern: Fast 80 Prozent der Vorhaben sind auf Migrantinnen und Migranten sowie knapp 70 Prozent auf Jugendliche ausgerichtet. Nur etwas mehr als 20 Prozent nehmen Gewerbetreibende und private Unternehmen in den Blick.
- Mit 40 Prozent hat das Gros der Modellvorhaben eine *Laufzeit* von zwei bis drei Jahren.
- Die *Trägerlandschaft* der Modellvorhaben ist vielfältig; Kommunen (rund ein Drittel), lokale Vereine/Initiativen (etwa ein Viertel) und Verbände der freien Wohlfahrtspflege (ca. zehn Prozent) machen dabei den Hauptteil aus.
- In rund 80 Prozent der Modellvorhaben sind neben dem Projektträger *weitere Akteure* beteiligt (z.B. Wohnungsunternehmen, Wohlfahrtsverbände, Schulen, Kirchen).
- Der *Gesamtmitteleinsatz* für die Modellvorhaben beträgt durchschnittlich 140 000 Euro (Medianwert) und variiert in Abhängigkeit von der Laufzeit und der Art des Vorhabens (investiv/sozial-integrativ) sehr stark.
- Knapp drei Viertel der Modellvorhaben beziehen sich ausschließlich auf sozial-integrative *Bereiche*.
- Die Modellvorhaben werden durchschnittlich zu rund 90 Prozent öffentlich gefördert; finanzielle *Leistungen Dritter* machen etwa zehn Prozent des Gesamtansatzes aus. Am häufigsten engagieren sich Dritte in den Modellvorhaben in Form von Arbeitsleistungen, Beratung und Know-How (fast drei Viertel der Vorhaben).

Modellvorhaben in der Praxis

■ Integration von Zuwanderern in Mannheim Jungbusch/Verbindungskanal

Michael Scheuermann, Quartiermanagement Jungbusch

Michael Scheuermann, seit 1992 Leiter des Gemeinschaftszentrums Jungbusch, stellte verschiedene Herangehensweisen vor, wie die Integration von Zuwanderern im Quartier unterstützt werden kann. An erster Stelle nannte er das Gemeinschaftszentrum Jungbusch selbst, das bereits seit den 1980er Jahren mit seinen vielfältigen Angeboten unterschiedlichen (ethnischen) Bevölkerungsgruppen nicht nur eine Anlaufstelle und „Heimat“ bietet, sondern auch den Austausch zwischen den Kulturen fördert. So ist aus dem Internationalen Frauentreff in Jungbusch, der vom Bewohnerverein – einem Träger des Zentrums – initiiert wurde und mittlerweile Modellvorhaben ist, eine Gymnastikgruppe entstanden, die vor allem von muslimischen Frauen besucht wird; diese Gruppe wiederum bietet Anknüpfungspunkte für die Entwicklung weiterer Angebote (z.B. einer Mutter-Kind-Gruppe) oder die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen wie Sportvereinen.



Deutlich sichtbares, auch nach außen wirkendes Zeichen für erfolgreiche Zusammenarbeit nicht nur von Verwaltung und Vor-Ort-Ebene, sondern auch unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen im Quartier, ist die „Turnhalle plus X“, in der die 1. Regionalkonferenz stattfand. Sie soll für Menschen unterschiedlicher sozialer Herkunft bzw. mit unterschiedlicher ethnischer Zugehörigkeit Identifikationsmöglichkeiten bieten und den sozialen Zusammenhalt im Stadtteil stärken. Daher steht sie nicht nur für Sportnutzungen (z.B. im Rahmen multiethnischer Sportangebote), sondern auch für Kultur und geselliges Beisammensein – beispielsweise für Familienfeste – zur Verfügung und soll damit zur Integration im Stadtteil beitragen. Durch die unmittelbare Nachbarschaft zu einer Schule und die

damit gegebenen Möglichkeiten von Nutzungsverflechtungen wird außerdem der Aspekt Bildung in das Gesamtkonzept integriert. Auch andere Institutionen und Organisationen knüpfen mit ihrer Angebotsentwicklung an der Turnhalle an. So plant der Islamische Bund, hier ein für alle Mädchen und Jungen bzw. Jugendlichen des Stadtteils offen stehendes Taek-Won-Do-Training anzubieten – unterschiedliche Organisationen bewegen sich aufeinander zu und ermöglichen (interethnische) Kontakte in der Quartiersbevölkerung.



Ein anderes Beispiel für gelingende Integration vor Ort ist das Modellvorhaben „Zusammenleben im Stadtteil“ zur Förderung nachbarschaftlicher Beziehungen: Das Quartiermanagement wurde von einer Gruppe türkischstämmiger Mütter darauf aufmerksam gemacht, dass sich im Eingangsbereich der heutigen „Turnhalle plus X“ früher ein kleiner Spielplatz befand, der für sie von großer Bedeutung war. Innerhalb von drei Monaten wurde an einem anderen Ort Ersatz

geschaffen, was die Frauen zu weiterem Engagement ermutigte. Sie übernahmen fortan die Pflege des neuen Spielplatzes im Sinne einer Partnerschaft mit dem Grünflächenamt. Weitere Konfliktlösungen in Zusammenarbeit der Mütter mit dem Quartiermanagement führten zur Gründung einer Spielplatzinitiative, die sich unter anderem um die Planung neuer sowie die Renovierung älterer Anlagen kümmert. Ebenfalls Teil des Vorhabens ist die Unterstützung der Initiative einer türkischstämmigen Quartiersbewohnerin, die Kontakte in das „Migrantenmilieu“ knüpft und ihre Landsleute ermutigt, vorhandene Angebote zu nutzen. Umgekehrt vertritt sie die Interessen von Migrantinnen und Migranten in Stadtteilkonferenzen, Initiativen und Arbeitskreisen bzw. stellt dort die Engagementbereitschaft insbesondere von Migrantinnen vor. Zurzeit wird überlegt, in der „Turnhalle plus X“ ein von türkischen Müttern betriebenes Café als Treffpunkt für Frauen aus dem Stadtteil einzurichten.

Zu den Voraussetzungen für diese Projekterfolge zählte der Quartiermanager neben Kontinuität in der Gemeinwesenarbeit die Möglichkeit, im Rahmen der Sozialen Stadt und insbesondere von Modellvorhaben neue Akzente für ein (interethnisches) Zusammenleben im Stadtteil unter dem Stichwort „Heimat geben“ setzen zu können.

■ Trainingswohnen, Trier-Nord



*Maria Ohlig,
Wohnungsgenossenschaft Am Beutelweg eG, Trier*

Maria Ohlig, Quartiermanagerin in Trier-Nord, stellte zu Beginn ihres Vortrages kurz das seit dem Jahr 2000 im Programm Soziale Stadt befindliche Gebiet Trier-Nord sowie die Wohnungsgenossenschaft Am Beutelweg eG (WOGEBE) vor: Die Wohnungsgenossenschaft wurde 1991 gegründet und hat sich Erhalt und Sanierung der Häuser sowie die Schaffung guter Lebensbedingungen im Quartier zur Aufgabe gemacht. Insgesamt 500 Wohnungen – davon ein Großteil ehemals städtischer Notwohnungen – wurden übernommen und bis heute 85 Prozent des Wohnungsbestandes unter Einbeziehung der Bewohnerschaft und mit sozialpädagogischer Begleitung saniert bzw. abgerissen und neu errichtet. Seit 2000 ist die WOGEBE Träger des Quartiermanagements in Trier-Nord.

Ausgangspunkt für das von der WOGEBE initiierte Modellvorhaben „Trainingswohnen“ seien zum einen soziale Aspekte: immer mehr Bewohnerinnen und Bewohner drohten in Obdachlosigkeit abzugleiten, nicht zuletzt weil sie nie die Fähigkeit zu geordneter Lebensführung erlernt hätten. Zum anderen spielten aber auch wirtschaftliche Gesichtspunkte eine Rolle: hohe Mietrückstände führten zu einer wirtschaftlichen Schieflage der WOGEBE, die in der Folge gezwungen sei, Räumungsklagen zu erheben, um ihre Wirtschaftlichkeit und damit ihre Existenz zu erhalten. Ziel des Modellvorhabens sei daher die Vermeidung von Obdachlosigkeit und die Entwicklung der Fähigkeit, wieder ein ordentliches Mietverhältnis einzugehen, insbesondere von Familien mit Kindern im Programmgebiet Trier-Nord. Dies solle mit Hilfe eines engmaschigen Betreuungsangebotes unmittelbar vor Ort erreicht werden. Damit ergänze das Modellvorhaben die bislang vorrangig investiven Maßnahmen im Rahmen des Programms Soziale Stadt.

Mit Projektstart am 1. Oktober 2008 wurde unmittelbar im Programmgebiet in einem „schwierigen“ Wohnhaus ein Projektbüro eingerichtet. Fünf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind hier in vier Vollzeitstellen aus den Bereichen Sozialpädagogik, Hauswirtschaft und Handwerk tätig. Zurzeit befinden sich neun Familien im Projekt. Ziel ist es, bis zu 15 Familien im Rahmen eines Maßnahmenabschnitts zu betreuen. Die Aufnahme in das Projekt erfolgt freiwillig und ist durch eine Vereinbarung geregelt, die sich an einer Laufzeit von einem Jahr orientiert. Bei Bedarf kann die Betreuungsdauer aber auch verlängert werden. Die Gesamtkosten für das bis Juni 2012 angelegte Modellvorhaben belaufen sich auf etwa eine Million Euro (70 Prozent Personal- und 30 Prozent Sachkosten); 80 Prozent der Kosten werden aus den Mitteln für Modellvorhaben der Sozialen Stadt finanziert und jeweils 10 Prozent als Eigenanteil der WOGEBE bzw. der Kommune.

Für den Erfolg des Modellvorhabens – so die Referentin abschließend – komme es vor allem darauf an, die Familien dauerhaft zu stabilisieren, indem der Kreislauf der Überforderung unterbrochen und auch die nächste Generation mit Fähigkeiten der verantwortlichen Lebensführung ausgestattet werde. Hierfür sei auch ausschlaggebend, inwieweit es gelänge, das Projekt in eine Gesamtstrategie der Kommune einzubetten.

■ **BiKuL – Bildungs- und Kulturzentrum Lindenhain, Fürth-Westliche Innenstadt**

*Hermine Hauck, Fachstelle für Arbeitsmarkt und Beschäftigungsförderung der Stadt Fürth
Susanne Scharrer, elan GmbH, Fürth*

Hermine Hauck von der Fachstelle für Arbeitsmarkt und Beschäftigungsförderung der Stadt Fürth stellte zunächst kurz den bereits seit 1999 im Programm Soziale Stadt befindlichen Stadtteil Fürth-Westliche Innenstadt vor, der neben seiner Multikulturalität – 79 verschiedene Nationalitäten leben hier – insbesondere durch Armut und Arbeitslosigkeit geprägt ist. Arbeits- und Beschäftigungsförderung sei daher ein zentrales Handlungsfeld bei der integrierten Stadtteilentwicklung in der Westlichen Innenstadt. Zuständig hierfür ist insbesondere die von der Stadt 1997 gegründete Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft elan GmbH, die auch Träger des Modellvorhabens „BiKuL – Bildungs- und Kulturzentrum Lindenhain“ ist.



Mit dem Modellvorhaben – so die Referentin weiter – werde eine Aufwertung des Stadtteils durch eine verbesserte Infrastruktur für Soziokultur und Kunst verfolgt, vor allem aber gehe



es um den Aufbau einer wirtschaftlichen Bildungs- und Kulturgenossenschaft im Stadtteil unter Beteiligung von Arbeitslosen aus der Westlichen Innenstadt. Diese erhielten eine passgenaue individualisierte Qualifizierung für die Betriebsführung bzw. Mitarbeit. Die Genossenschaft biete die stabilisierende Grundstruktur, die die Weiterentwicklung der Idee und ihrer Realisierung fördere. Dabei werde die Genossenschaft unter den

Grundgedanken „Gemeinsam sind wir stark!“ und „Vernetzung fördert Synergien!“ nach den Prinzipien Selbsthilfe, Solidarität, Partizipation und Demokratie arbeiten. Als Mitglieder der Genossenschaft sollen nicht nur das Jugend- und Kulturamt sowie das Bildungs- und Baureferat der Stadt, Kulturbetriebe und Künstler, Schulen und Vereine, sondern vor allem auch langzeitarbeitslose Stadtteilbewohnerinnen und -bewohner gewonnen werden. Die Arbeitslosen würden auf diese Weise zu echten Teilhabern, die nicht nur mitgestalten können, sondern auch Mitverantwortung übernehmen. Die Leistungen der Genossenschaft für ihre Mitglieder umfassen unter anderem die notwendigen Verwaltungsarbeiten, Akquise und Marketing, Qualifizierung sowie Raummanagement. Die Mitglieder selber bieten ein breites Spektrum an Bildungs- und Kulturaktivitäten an, das von einem Cateringbetrieb und dem Bistro „Lindhain“ über Seminare und Schulungen bis zu Festen, Theater-, Musik-, Tanz-, Kunst- und Literaturveranstaltungen reicht.

Von der Einweihungsfeier des am 21. November 2008 gestarteten Bistrobetriebes und ersten praktischen Erfahrungen berichtete zum Abschluss des Vortrages mit eindrücklichen Bildern Susanne Scharrer von der Elan GmbH.

Workshop-Session

Workshop 1: Finanzierung / Ressourcenbündelung

Input: Gerda Zeuss, „Jugendkultur- und Sportzentrum in der Schoko“, Bayreuth-St. Georgen

Ein zentrales Ziel der Förderung von Modellvorhaben der Sozialen Stadt ist es, einen Beitrag zur Intensivierung der Ressourcenbündelung zu leisten. Dabei geht es nicht nur um die Bündelung finanzieller Mittel, sondern auch um das Zusammenbringen von Sachmitteln und Know-How. Vor diesem Hintergrund standen im Workshop folgende Fragen im Mittelpunkt:

- Wie gelingt es, Dritte (Träger der Wohlfahrtspflege, Arbeitsagenturen, ArGen, Wirtschaft, Wohnungsunternehmen u.a.) für den Einsatz von Finanz- und Sachmitteln sowie von Know-How zu gewinnen?
- Welche Schwierigkeiten treten hierbei auf?
- Welche Unterstützung können Bund, Land und Kommune für die projektbezogene Ressourcenbündelung geben?



Ausgangspunkt für die Diskussion bildete ein Input von Gerda Zeuss, Quartiermanagerin in Bayreuth-St. Georgen, über die Herangehensweise im Modellvorhaben „Jugendkultur- und Sportzentrum in der Schoko“. Neben Soziale-Stadt-Mitteln kommen in diesem Projekt Mittel aus dem Programm „Lokales Kapital für soziale Zwecke“, der Arbeitsmarktförderung, des ExWoSt-Forschungsfeldes „Quartiers-Impulse: Neue Wege zur Stärkung der lokalen Wirtschaft“ und des Rotaryclubs sowie Firmenspenden zum Einsatz.

Dabei wurde sowohl durch den Input als auch in der nachfolgenden Diskussion deutlich, dass vor allem das Herbeiführen so genannter „Win-Win“-Situationen, die frühzeitige Einbeziehung von Partnern und bereits vorhandener Netzwerke sowie gegenseitiges Vertrauen und Kontinuität in der Zusammenarbeit Erfolgsfaktoren für die Gewinnung Dritter sind. Erschwert werden diese Prozesse hingegen insbesondere durch unzureichende Informationen über neue Förderprogramme (auch für Dritte) sowie durch zu kurze Antragsverfahren bei neu aufgelegten Programmen bei gleichzeitig zu langen Bewilligungszeiträumen, um Partner „bei der Stange“ zu halten. Unterstützung könnte die projektbezogene Ressourcenbündelung – so die Ergebnisse der Diskussion – unter anderem durch die Einrichtung kommunaler oder regionaler Informationsnetzwerke zu Fördermöglichkeiten sowie die Etablierung landesweiter Transferstellen für den Informations- und Erfahrungsaustausch erfahren. Hilfreich wären darüber hinaus aus Sicht der Workshopteilnehmerinnen und -teilnehmer kommunale oder landesweite „Bündelungsmanager“ und eine bessere Mittelkoordination auf Landesebene.

Workshop 2: Aufbau und Pflege von Partnerschaften

Input: Carsten Preuß, „Dranbleiben“, Neu Isenburg-West

Ein weiteres Ziel der Modellvorhaben in der Sozialen Stadt ist der Aufbau von strategischen Partnerschaften, um eine Bündelung von Know-how, Ressourcen und Finanzmitteln zu erreichen sowie die Verstetigung von erfolgreichen Projektansätzen vorzubereiten. Im Workshop 2 ging es in diesem Zusammenhang um folgende Fragen:

- Wie identifiziert man die richtigen Partner?
- Wie können „Win-Win“-Situationen für die Partner hergestellt werden?
- Was sind die organisatorischen Voraussetzungen für die dauerhafte Pflege von Partnerschaften?



Carsten Preuß stellte in seinem Inputreferat das Projekt „Dranbleiben“ im Programmgebiet Neu Isenburg-West vor, das als Präventionsprojekt versucht, die im Quartier überdurchschnittlich hohen Quoten in den Bereichen Schulschwänzen, Schulverweigerung und Schulabbruch zu verringern und auf lange Sicht für die Betroffenen verbesserte Zugangschancen zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu schaffen. Für die Umsetzung des Projekts war es unerlässlich ein breites Spektrum von (erforderlichen) Partnern (im und außerhalb des Quartiers) einzubinden, die an Hand von zentralen, generalisierbaren und auf andere Projekte übertragbaren Leitfragen identifiziert wurden: Welche anderen Akteure haben ähnliche Ziele, Angebote, Arbeitsweisen? Welche Interessen anderer Akteure lassen sich in das Projekt integrieren? Wo haben andere Akteure noch wenig oder kaum genutzte Kapazitäten und Ressourcen? Welche Akteure muss man mit Blick auf eine Verstetigung des Ansatzes unbedingt „ins Boot holen“? Im Ergebnis sind im Projekt „Dranbleiben“ rund zwanzig – „nahe liegende“ und auch „weniger nahe liegende“ – Institutionen, Einrichtungen, Organisationen und Gremien engagiert.

Sowohl im Projektbeispiel wie auch in den Erfahrungen vieler Workshopteilnehmer zeigte sich, dass Partnerschaften gepflegt, organisatorische Voraussetzungen geschaffen und die Partner (immer wieder) motiviert werden müssen. Um dies zu erreichen, seien die Kontaktpflege, insbesondere über Multiplikatoren bzw. „thematische Insider“ (wie z.B. dem Quartiermanagement) und eine Einbindung der Kommune unerlässlich. Die Partnersuche selber stelle sich nach Erfahrung der meisten Workshopteilnehmerinnen und -teilnehmer in der Regel eher relativ einfach dar, sofern es „Win-Win“-Situationen gebe, unnötige Zeit- und Energieverluste vermieden würden und vertrauensvoll auf Augenhöhe kommuniziert werde. So könnten – bei gleicher „Interessenlage“ – Partner im Sinne der Verstetigung auch für eine zukünftige Übernahme von Aufgaben gewonnen werden.

Um Partnerschaften aufzubauen und zu pflegen bedürfe es aber des Einsatzes von (zusätzlichen) Zeitressourcen (und ggf. auch Finanzmitteln), die nicht unterschätzt werden dürfen. Ganz wichtig sei dabei das Verständnis bei allen Akteuren und auch den Fördermittelgebern, dass Partnerschaften einen langfristigen Charakter haben und nicht nur projektbezogen sind. Zusammenfassend zeigte die Diskussion, dass erfolgreiche Partnerschaften Zeit, Vertrauen, eine gemeinsame Basis und (personelle) Kontinuität benötigen.



Workshop 3: Modellvorhaben und Verstetigung

Input: Karin Baeuchle, „Eglosheim – wir machen weiter“, Ludwigsburg-Eglosheim II

Das Thema Verstetigung in der Sozialen Stadt gewinnt in vielen Ländern und Kommunen an Bedeutung. In entsprechenden Diskussionen wird häufig nicht nur die Frage thematisiert, wie und vor allem von wem bereits etablierte Strukturen und Prozesse nach Ende der Förderung aus dem Programm Soziale Stadt aufrechterhalten werden können – sowohl in finanzieller als auch in personeller Hinsicht. Betont wird auch die Notwendigkeit, bereits bei der Planung von Projekten und Maßnahmen – also frühzeitig – deren Verstetigung mitzudenken. Diese Zusammenhänge wurden in Workshop 3 unter drei Leitfragen diskutiert:

- Welche Elemente der Soziale Stadt-Projektlandschaft lassen sich überhaupt verstetigen?
- Wie findet man Partner dafür?
- Welche Rahmenbedingungen seitens der Kommune benötigt man dafür?

Einen Input leistete Karin Baeuchle, Stadt Ludwigsburg, Bürgerbüro Bauen, zum Modellvorhaben „Eglosheim – wir machen weiter“. Die Förderung des Gebietes Eglosheim über das Programm „Soziale Stadt“ lief zum Ende des Jahres 2008 aus. Daher stellten sich Fragen nach Verstetigungsmöglichkeiten des bisher Erreichten bzw. danach, welche Strukturen einer zukünftigen Stadtteilarbeit geeignet sind, auch weiterhin die Entwicklung und Umsetzung neuer Projekte zu ermöglichen. Dieser Verstetigungsprozess wird durch das Modellvorhaben gezielt unterstützt. Es setzt sich aus verschiedenen Komponenten zusammen, zu denen die Einrichtung des „Runden Tisches Eglosheim“ als struktureller Anker zukünftiger

Stadtteilarbeit und als Plattform für Austausch, Information, Vernetzung und Koordinierung gehört. Im Januar 2008 startete außerdem die Testphase für ein Stadtteilbudget, mit dem neue Projekte unterstützt werden sollen.

Die Workshopteilnehmerinnen und -teilnehmer – viele standen erst am Beginn von Verstetigungsprozessen in ihren Quartieren – betonten die Bedeutung organisations- und kommunikationsbezogener „Scharniere“ zwischen Quartier und Verwaltung sowie die Beschäftigung



von Koordinatorinnen oder Koordinatoren mit „Motorenfunktion“ vor Ort als Voraussetzungen für erfolgreiche Verstetigung – also Strukturen, die allgemein unter lokalem Quartier- oder Stadtteilmanagement verstanden werden. Als Chance für weitere Prozesse im Quartier wurde zudem die Aufrechterhaltung von Verfügungsfonds bzw. Stadtteilbudgets angesehen. Zur Basis für Verstetigung zählt aus Sicht der Workshopteilnehmerinnen und -teilnehmer auch die fortlaufende Unterstützung von Bewohnerorganisationen und -netzwerken.



Im Zusammenhang mit der Frage, wie diese Strukturen nach Auslaufen der Förderung aus dem Programm „Soziale Stadt“ finanziert werden können bzw. wer die dafür notwendigen Ressourcen bereitstellt, wurde auf die Bedeutung strategischer Partner vor Ort wie Wohnungsunternehmen und Wohlfahrtsverbände hingewiesen. Um sie als Partner für die weitere Unterstützung der Quartiersentwicklung zu gewinnen – sowohl mit immateriellen Ressourcen

wie kostenlos zur Verfügung gestellten Räumen als auch mit Finanzmitteln –, müsse man ihnen jedoch ihren Nutzen eines solchen Engagements vermitteln, also eine damit einhergehende „win-win“-Situation aufzeigen.

Darüber hinaus wurde die Rolle der Kommune angesprochen, die im Verstetigungsprozess wichtige Rahmenbedingungen setzt bzw. setzen kann. Sie sollte darauf hinwirken, dass Verstetigung von Beginn des Quartiersentwicklungsprozesses an mitgedacht wird. Zum Ende der Programmlaufzeit sollte die Kommune – zumindest für einen gewissen Zeitraum – Kernbereiche der Sozialen Stadt wie das lokale Quartiermanagement weiter unterstützen, je nach Bedarf auch durch Übernahme in die Regelfinanzierung.

Es wurde festgestellt, dass einige Stadtteile im gesamtstädtischen Kontext spezifische Funktionen – zum Beispiel als „Durchgangs“- oder „Integrationsstandorte“ – übernehmen, die auch nach Ende der Programmlaufzeit eine besondere Förderung benötigen. In diesem Zusammenhang wurde eine stärkere Sozialraumorientierung des Verwaltungshandelns (auch im Rahmen der Regelfinanzierung) genannt. Darüber hinaus wurde angeregt, dass die Kommune Mittel in Höhe des zuvor im Rahmen der Programmförderung erbrachten kommunalen Eigenanteils bereitstellt, um bewährte Strukturen und Maßnahmen fortzuführen. Dies erfordere eine grundlegende Unterstützung seitens der Kommunalpolitik.

Monitoring im Programm Soziale Stadt – Eine Arbeitshilfe für Kommunen

Herbert Eigler, Eigler & Partner, Stockstadt/Rhein, Bad Tölz

Petra Kurzhöfer, Gesellschaft für Stadtentwicklung mbH, Bremen



Petra Kurzhöfer von der Gesellschaft für Stadtentwicklung mbH (GfS) und Herbert Eigler von der Eigler & Partner Gesellschaft für Kommunalberatung und Projektmanagement mbH (E&P) erarbeiten im Auftrag des BMVBS eine Arbeitshilfe für das „Monitoring im Programm Soziale Stadt“. Zwar ist das Monitoring ein wichtiger Programmbaustein in der Sozialen Stadt, aber die bisher durchgeführten Evaluierungen auf Bundes- und Länderebene haben gezeigt, dass ein systematisches Monitoring bislang nur selten Eingang

in die kommunale Praxis gefunden hat. Zu den Gründen hierfür gehört unter anderem, dass die Bedeutung des Monitoring in der alltäglichen Praxis noch zu wenig erkannt wird oder – besonders bei kleineren Kommunen – das Know-how für ein Monitoring fehlt. Ziel des BMVBS-Forschungsauftrags an GfS und E&P ist es, durch eine Arbeitshilfe konkrete Anregungen zum Aufbau eines Monitoring zu geben.

Bei der 1. Regionalkonferenz stellten Frau Kurzhöfer und Herr Eigler den Stand der laufenden Erarbeitung der Arbeitshilfe in Form eines Werkstattberichts vor. Ausgehend von den Einsatzbereichen eines Monitoring (Identifizierung von Programmgebieten, Entwicklung und Fortschreibung integrierter Entwicklungskonzepte, Evaluierung) wurde der verfolgte Ansatz einer indikatorengestützten Stadtraumbeobachtung an einem Praxisbeispiel vorgestellt. Indikatorengestütztes Monitoring bedeutet, dass Struktur und Dynamik einer Gebietsentwicklung anhand einer Auswahl von verlässlichen und belastbaren Merkmalen beschrieben wird, die „indikativ“ bereits auf Handlungsfelder und Maßnahmenkomplexe verweisen. Im Zentrum steht dabei ein ganzheitlicher Ansatz, der die stadträumliche Entwicklung sowohl in städtebaulicher Hinsicht als auch bezüglich des sozialstrukturellen Kontexts sowie sozialer Lagen und Chancen umfasst – also bereits im Monitoring-Instrument den integrativen Ansatz des Programms Soziale Stadt berücksichtigt.

In der nachfolgenden Diskussion des Werkstattberichts ging es zum einen um die Frage der Verfügbarkeit von Daten für die Indikatoren, zum anderen um den generellen Umfang der Basisindikatorensätze. Für die Datenanforderungen, wie sie ein Monitoring im Programm Soziale Stadt stellt, gibt es in vielen Städten keine Routinen und der Sozialen Stadt (wie auch dem Stadtumbau-Programm) kommt diesbezüglich eine Vorreiterrolle zu. Die fortschreitende sozialräumliche Ausdifferenzierung der Städte zeige aber zugleich, so Herr Eigler, dass eine Stadtraumbeobachtung immer dringlicher werde und gewissermaßen zur Regelstruktur werden sollte – auch als „Frühwarnsystem“ für die Kommunalpolitik. Zudem zeigten Beispiele aus den Ländern, dass ein solches Monitoring – wenn es als notwendig erachtet und mit entsprechendem Nachdruck verfolgt werde – durchaus als Steuerungsinstrument in den Kommunen eingeführt werden könne. Die Bearbeiter seien sich jedoch durchaus bewusst, dass die Arbeitshilfe selbst nur Hilfestellungen geben und diese organisatorischen Probleme der Kooperation und Zuarbeit nicht lösen könne. Hier müssten auch die Programmkommunen und die zuständigen Landesministerien initiativ werden.

Berührt wurde in der Diskussion auch die Frage „quantitativer versus qualitativer Methoden“. Nach Auffassung von Herrn Eigler und Frau Kurzhöfer kann über die Analyse der Sekundärstatistik für viele Programmgebiete ein handhabbarer und arbeitsökonomischer Einstieg in eine Stadtraumbeobachtung ermöglicht werden, um die örtliche Ausgangssituation für die Einleitung von Maßnahmen sowie Ansätze zu deren Verstetigung aufzuzeigen. Zugleich sind sich die Referenten der Grenzen einer quantitativen Indikatorenanalyse bewusst, mit deren Hilfe die Identifizierung von Problem- und Handlungsfeldern möglich ist und auch die Handlungsrichtung aufgezeigt werden kann. Aber für die Bestimmung der adäquaten Maßnahmen und Schrittfolgen seien Einzelfall-Feinanalysen erforderlich. Qualitative Methoden könnten hierzu zwar ergänzende Informationen generieren, aber die Indikatorenanalyse für ein Monitoring nicht ersetzen. In der weiteren Diskussion wurde auch die Frage angeschnitten, inwieweit Mikrozensus-Daten für ein Monitoring eingesetzt werden können. Herr Eigler führte dazu aus, dass diese 1-Prozent-Stichprobe in der Regel nicht ausreiche, um in den Programmgebieten der Sozialen Stadt aussagekräftige und verlässliche Ergebnisse zu gewinnen.



Die Veröffentlichung einer „Arbeitshilfe Monitoring“, die auch Hinweise zu Datenquellen und Definitionen geben soll, ist für Sommer 2009 vorgesehen.

Resumée der Veranstaltung und Ausblick auf den weiteren Programmverlauf

Silke Andresen, Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS), Berlin



Silke Andresen, Referat SW 22 ‚Soziale Stadt, ESF-Programme, Integration‘, dankte allen an der Regionalkonferenz Beteiligten, zog eine erste Bilanz aus der Veranstaltung und gab einen Ausblick auf das weitere Vorgehen im Programm Soziale Stadt.

Die Regionalkonferenz habe wichtige Einblicke gegeben, die für die Programmgestaltung und die Durchführung der Modellvorhaben wertvoll seien. Deutlich geworden sei, dass die Modellvorhaben neue Initiativen und Partnerschaften vor Ort angestoßen haben oder dazu beitragen, bewährte Ansätze und Projekte weiterzuentwickeln. Das sei ein wichtiges Signal auch für den Bund, den eingeschlagenen Weg fortzusetzen.

Gleichzeitig seien aber auch Fragen aufgeworfen worden, an deren Antworten gearbeitet werden müsse:

- Wie schaffen wir es, weitere Ressourcen einzubeziehen – auch und gerade in den Modellvorhaben?

- Wie gelingt es uns, bewährte Prozesse und Projekte zu verstetigen? Die Frage der Ver-
stetigung, die Rolle der Kommunen in diesem Prozess und die Überführung in Regel-
strukturen bleibt eine wichtige Zukunftsfrage.
- Wie können Rahmenbedingungen der Förderung so gestaltet werden, dass passgenaue
Lösungen vor Ort möglich sind?

Weitere Regionalkonferenzen sollen stattfinden, um die Erkenntnisse und Erfahrungen von Programmverantwortlichen auch aus anderen Ländern, Kommunen und Quartieren aufzu-
nehmen – die 1. Regionalkonferenz in Mannheim sei hierfür ein wichtiger Auftakt gewesen.
Der regelmäßige Erfahrungsaustausch, der in der Sozialen Stadt zur bewährten Praxis ge-
worden ist, zeige, dass der Begriff „lernendes Programm“ nicht nur ein Schlagwort sei. Mit
der Auswertung der Modellvorhaben durch die Bundestransferstelle Soziale Stadt und der
Darstellung von Good practices, die im nächsten Jahr ebenso wie die Arbeitshilfe Moni-
toring veröffentlicht werden sollen, möchte der Bund die für die Programmumsetzung Verant-
wortlichen unterstützen und die gewonnenen Erkenntnisse einem breiteren Kreis weiterge-
ben.



Zu den weiteren Perspektiven des Bund-Länder-Programms Soziale Stadt bemerkte die Vertreterin des Bundes, es bestehe breiter politischer Konsens, dass das Programm verstetigt werden muss. So sei im Entwurf des Bundeshaushaltsplans 2009 eine Erhöhung der Bundesfinanzhilfen gegenüber 2008 um 15 Millionen auf 105 Millionen Euro vorgesehen. Mit der Einführung der Modellvorhaben und dem Start der ergänzenden ESF-

Programme sei der Förderansatz der Sozialen Stadt weiter entwickelt und in seiner sozialpo-
litischen Ausrichtung deutlich gestärkt worden. Die Möglichkeit, einen Teil der Bundesmittel
für Modellvorhaben mit einem breiteren Förderspektrum einzusetzen, werde fortgeführt:
Insgesamt ständen in 2009 27,5 Millionen Euro Bundesmittel für Modellvorhaben zur Verfü-
gung, die von den Kommunen genutzt werden sollten.

Inhaltlich werde der Bund seine Handlungsfeld übergreifende Zusammenarbeit und Bündelung auch in Zukunft verstärken. Neben dem Handlungsfeld Arbeitsmarkt/Beschäftigung werde die ressortübergreifende Zusammenarbeit in weiteren Bereichen vertieft, so bei der Integration von Zuwanderern und in den Handlungsfeldern Bildung und Gesundheit. Wie dies in der Praxis gelingen könne, zeige unter anderem die Broschüre „Integrierte Stadtentwicklung – Praxis vor Ort“ (Download von bbr.bund.de), die auf Initiative der Bauministerkonferenz entstanden sei und mehr als 40 gute Beispiele für Bündelung und Vernetzung aufzeige.

Abschließend wies die Vertreterin des Bundes auf den Kongress „10 Jahre Soziale Stadt“ am 5. Mai 2009 in Berlin hin, auf dem mit Kommunen und Partnern aus Politik, Gesellschaft sowie Fachöffentlichkeit über bisher erreichte Erfolge, aber auch zukünftige Bedarfe der Sozialen Stadt diskutiert werden soll, um damit einen Grundstein für die Fortführung und Weiterentwicklung des Programms zu legen.

Zentrale Ergebnisse und Empfehlungen

Die Förderung der Modellvorhaben Soziale Stadt ist in den Kommunen auf große Resonanz gestoßen. Allein im Mannheimer Programmgebiet Jungbusch/Verbindungskanal befinden sich neun Modellvorhaben in der Umsetzung. Durch die Modellvorhaben wird das Engagement in der Sozialen Stadt zusätzlich gestärkt, indem Kosten für sozial-integrative Projekte übernommen werden, die in den meisten Fällen ohne diese Förderung nicht bzw. nur in Teilen realisiert werden können. Außerdem befördern die Vorhaben neue Ansätze lokaler Partnerschaften. Auch die Vertreterin des Landes Baden-Württemberg betonte, die Modellvorhaben seien essentiell für die Soziale Stadt. Hierüber bestand breiter Konsens.

Generell ist festzustellen, dass die Modellvorhaben bis auf wenige Ausnahmen unmittelbar mit den Integrierten Entwicklungskonzepten verknüpft sind. Dabei liegt ein besonderer Schwerpunkt auf den Handlungsfeldern „Integration von Migrantinnen und Migranten“ sowie „Soziale Aktivitäten und soziale Infrastruktur“. Die Themen „Lokale Ökonomie“ und „Gesundheit“ sind dagegen – wie auch allgemein in der Programmkulisse Soziale Stadt – eher weniger vertreten.

Der weitaus größte Teil der Vorhaben basiert auf Partnerschaften mit verschiedenen Akteuren, allerdings ist dies für rund ein Fünftel der Projekte (noch) nicht der Fall. Auch das finanzielle Engagement Dritter ist noch ausbaufähig. Voraussetzungen dafür, lokale Partner zu gewinnen, sind ihre frühzeitige Einbeziehung, Vertrauensbildung, Kontinuität, organisatorische Strukturen und vor allem die Identifizierung bzw. Kommunikation von „Win-Win“-Situationen.

Insgesamt wird das Ziel, mit den Modellvorhaben vor allem sozial-integrative Projekte zu fördern, größtenteils erreicht – knapp drei Viertel der Modellprojekte beziehen sich ausschließlich auf sozial-integrative Maßnahmen. Gleichwohl zeigte die Regionalkonferenz, wo – auch im Hinblick auf Verstetigung – noch Handlungsbedarfe bestehen. Dazu gehören unter anderem:

- verbesserte Informationspolitik über neue Fördermöglichkeiten und damit verbundene Antragsverfahren,
- bessere Mittelkoordination auf Landesebene,
- Stärkung der Handlungsfelder Lokale Ökonomie und Gesundheit,
- Einsatz von Zeit-, Personal- und materiellen Ressourcen, die zum Aufbau (langfristiger, nicht nur projektbezogener) lokaler Partnerschaften notwendig sind,
- Beschäftigung von Koordinatorinnen oder Koordinatoren mit „Motorenfunktion“ vor Ort als Voraussetzung für erfolgreiche Verstetigung,
- Einrichtung/Aufrechterhaltung von Verfügungsfonds,
- (fortlaufende) Unterstützung von Bewohnerorganisationen und -netzwerken,
- stärkere Sozialraumorientierung der Regelförderung insbesondere im sozialen Bereich.

Sowohl im Zusammenhang mit der Verstetigung als auch für die integrierte Quartiersentwicklung insgesamt gewinnt ein stadtteilbezogenes Monitoring im Programm Soziale Stadt zunehmend an Bedeutung. Aus diesem Grunde hat der Bund eine „Arbeitshilfe Monitoring“ in Auftrag gegeben, die im Sommer 2009 vorliegen soll.